

FDP Halle · Leipziger Str. 46 · 06108 Halle (Saale)

StadtElternRat der Stadt Halle (Saale)

Gesetzliches Vertretungsorgan aller Eltern mit
Kindern an einer Schule im Stadtgebiet
Fachbereich Bildung
Albert-Schweitzer-Straße 40

06114 Halle (Saale)

Wahlprüfsteine Landtagswahl 2021

Halle (Saale),
07.05.2021

kontakt@fdp-halle.de
www.fdp-halle.de

FDP Kreisverband Halle
Leipziger Str. 46
06108 Halle (Saale)

T: 0345 2 02 36 88

1. Förderschulsystem

1. Sachsen-Anhalt verfügt über ein sehr differenziertes Förderschulsystem, welches Schüler*innen mit zusätzlichem Förderbedarf die Möglichkeit bietet, unter Nutzung von fachlich hoch spezialisierten personellen und materiellen Ressourcen hier im Rahmen individualisierter Förderung ihr Leistungspotenzial optimal zu entfalten und zu größtmöglicher Selbstständigkeit zu gelangen. Gleichzeitig streben viele Betroffene einen inklusiven Bildungsweg in allgemeinbildenden Grund- und weiterführenden Schulen an.

Frage:

Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um Schüler*innen im inklusiven Unterricht eine vergleichbare Förderung zuteilwerden zu lassen?

Antwort:

Als Freien Demokraten wollen wir Inklusion zu einer Erfolgsgeschichte machen. Das bedeutet, dass jeder Schüler und jeder Schülerin die Weltbeste Bildung zu Teil wird, egal welchen Bildungsweg oder welche Schulform eingeschlagen wird. Das Wohl der Kinder muss immer im Vordergrund stehen. Gerade das gilt im besonderen Maße für den Bereich der speziellen Förderung. Das radikale Verständnis einer kompromisslosen Inklusion, wie es vielfach gefordert und betrieben wird, nimmt aber weder auf den Förderbedarf des Einzelnen, noch auf die Integrationsfähigkeit von Regelklassen Rücksicht. Gemeinsamer Unterricht soll bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Wir fordern daher für eine bestmögliche Gestaltung des gemeinsamen Unterrichts verbindliche Basisstandards. Kann diesen Basisstandards zum Beispiel durch fehlendes Fachpersonal oder mangelnde Ausstattung nicht entsprochen werden, dürfen an diesen Schulstandorten keine inklusiven Lerngruppen gebildet werden. Es gilt also, wie eigentlich beider jeder Schulform: Wir brauchen mehr Lehrer oder entsprechend geschultes Personal. Das ist nicht kurzfristig möglich, aber eine der dringendsten Aufgaben, die der neue Landtag weiter vorantreiben muss.

2. Individuelle Beeinträchtigungen an der Teilhabe von Bildung wirken sich in unterschiedlichen Entwicklungsphasen unterschiedlich stark aus und benötigen somit eine jeweils angepasste individuelle Förderung mit unterschiedlichen

Rahmenbedingungen, die unter Umständen verschiedene Schulformen während der jeweiligen Schullaufbahn benötigt.

Frage:

Was wollen Sie unternehmen, um die Durchlässigkeit dieses Systems für den Einzelnen zu gewährleisten und wie soll sichergestellt werden, dass auch Schüler*innen mit Förderbedarf zu vergleichbaren schulischen Abschlüssen gelangen können?

Antwort:

Wichtig ist für die Freien Demokraten, dass Schülerinnen und Schüler von Beginn ihrer Schullaufbahn gefördert werden und zwar so, wie es den jeweiligen Bedürfnissen entspricht. Hier sollten Eltern und das Schulsystem einen langfristigen Förderbedarf besprechen und ggf. flexibel anpassen können, ohne starre Vorgaben, welche nicht die individuelle Entwicklung des Kindes berücksichtigen. Dazu gehört auch ein flexibler und bürokratiearmer Wechsel zwischen möglichen Bildungseinrichtungen, statt starrer politischer Vorgaben. Denn jedes Kind ist individuell. Die Gleichsetzung eines Schulabschlusses kann aber der Gesetzgeber formal regeln, weitaus wichtiger sind aber die vermittelten Inhalte und ausreichend Lehrpersonal, welches entsprechend qualifiziert ist, um auf die Bedürfnisse aller einzugehen.

3. Auch an Förderschulen können Abschlüsse erworben werden, die den Abschlüssen der Sekundarschule entsprechen. Trotzdem kommt es viel zu oft vor, dass Schüler*innen, die einen entsprechenden Abschluss erworben haben, keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben und ihnen nicht selten aufgrund ihrer zugrunde liegenden Behinderung nur die Möglichkeiten im Rahmen der Behindertenwerkstätten bleiben.

Frage:

Was wollen Sie unternehmen, um diese Benachteiligungen abzubauen und die Integration dieser Schüler*innen in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern?

Antwort:

Hier bedarf es vor allem ein Umdenken bei den Arbeitgebern. Diese müssen erkennen, dass zum einen Schulabschlüsse nur ein Teil eines Menschen sind, der das eigene Unternehmen vielleicht auf andere Art und Weise bereichern kann. Wenn die Arbeitgeber dies akzeptieren, ist auch eine Einbindung von Schülerinnen und Schülern mit einem vergleichbaren Abschluss möglich. Denkbar sind verstärkt staatliche Anreize, um den ersten Kontakt oder als Beispiel ein Praktikum zu ermöglichen, welchen dann in einer Ausbildung oder Anstellung endet.

2. Ganztagsbetreuung

1. Dass Betreuungseinrichtungen, wie Schulen und Horte die unter unterschiedlichen Rechtskreisen geführt werden, regelmäßig an Grenzen stoßen, ist für uns Eltern die auf beide Einrichtungen angewiesen sind, Alltag. Unter der derzeitigen Pandemie wird dieses aber noch wesentlich gravierender deutlicher (Hygienevorschriften, Kohorten etc.). Andere Bundesländer gehen seit Langem den Weg der "echten"

Bankverbindung:

FDP Halle

Saalesparkasse

IBAN DE02 8005 3762 0380 3006 30

BIC NOLADE21HAL

Ganztagsschule.

Fragen:

Halten Sie es in Anbetracht der nun überdeutlich aufgetretenen organisatorischen Probleme für notwendig, in der Ganztagsbetreuung von Kindern in den Klassenstufen 1–6 neue Wege zu gehen?

Sehen Sie dabei die Zusammenführung in einem Rechtskreis als eine der notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der organisatorischen Probleme?

3. digitale Bildung

Antwort:

Wenn organisatorische Probleme auftreten, die es nicht nur seit der Pandemie gibt, müssen selbstverständlich neue Wege eingeschlagen werden, um das Kindeswohl und Weltbeste Bildung zu ermöglichen. Ein zentraler Punkt ist also auch ein einfacher Wechsel zwischen den Rechtskreisen und weniger Bürokratie im Allgemeinen. Auch in Sachsen-Anhalt darf das Bildungssystem nicht hinterherhinken.

1. Wir Eltern haben in dem letzten Jahr sehr stark wahrgenommen, dass die Schulen, Lehrer und Haushalte über sehr unterschiedliche technische Möglichkeiten und Kenntnisse verfügen.

Frage:

Welchen angepassten Bedarf, sehen Sie bei der IT-Ausstattung und entsprechender Schulungen für Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter und natürlich Schüler?

Antwort:

Wir Freie Demokraten wollen die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass – gemessen am Staatshaushalt – Deutschland zu den führenden fünf Ländern der 35 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt. Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems würde Länder und Kommunen allein überfordern. Die Finanzierung muss daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Dafür muss unser Bildungsföderalismus grundlegend reformiert werden. Gleiches gilt im Übrigen für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Die Beschaffung von Laptops oder Whiteboards nützen nur dann, wenn die Lehrkräfte auch entsprechend in digitalen Medien ausgebildet sind, da hierfür eine andere Form des Unterrichts notwendig wird. Auch das muss das Land zukünftig leisten.

2. Mit der Pandemie und den damit einhergehenden schulischen Lockdown sind die Defizite in der digitalen Bildung überdeutlich sichtbar geworden. Gerade das Distanzlernen ist zu Beginn der Pandemie nicht vorhanden gewesen. Ein Jahr nach Beginn Pandemie, gibt es nicht nur unterschiedliche Ansätze, sondern auch sehr unterschiedliche Angebote in den einzelnen Schulen und dem Land. Es fehlt offensichtlich ein zentrales landesweites Konzept wie Distanzunterricht stattfinden soll und welche Mindeststandards erfüllt werden müssen, um den Rechtsanspruch auf Zitat Landesverfassung Artikel 25 "Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf

seine Herkunft und wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seine Begabung und seine Fähigkeiten fördernde Erziehung und Ausbildung." zu erfüllen. Distanzunterricht wird in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen und sich als eine Form des Unterrichtsangebots darstellen.

Fragen:

Inwieweit sehen Sie ein solches Konzept als dringend geboten? Was wollen Sie unternehmen, um ein solches Konzept zu entwickeln? Welche Akteure sollten an der Erstellung des Konzeptes mitwirken? Was werden Sie unternehmen, um dieses Konzept zeitnah zu entwickeln?

Antwort:

Eines hat die Pandemie verdeutlicht: Dem Land fehlt ein Konzept und nach einem Jahr auch ein Plan für Schulöffnungen, auch in Pandemie-Zeiten. Hier sollte nicht lediglich die Politik etwas vorgeben, sondern ganz gezielt mit den Akteuren aus der Praxis umgehend zusammenarbeiten und entsprechende Modelle erarbeiten. Distanzunterricht kann auf Dauer keine Lösung sein. Bildung ist die Zukunft unseres Landes und die Zukunft unserer Kinder.

4. Schulbau

1. Wir Eltern bekommen immer wieder Rückmeldungen über schlechtes Raumklima in den Klassenräumen, viele Kinder, kleine Räume, steigende Außentemperaturen. Bürogebäude zum Beispiel, wird durch den Einsatz von Lüftungs- und Klimaanlage für ein angenehmes Raumklima gesorgt, damit die Mitarbeiter effizient und produktiv arbeiten können.

Frage:

Sehen Sie hier nicht auch bei der Sanierung bestehender und Umsetzung neuer Schulgebäude großen Nachholbedarf?

Antwort:

In den letzten Jahren gab es zwar eine Verbesserung auch der optischen Aufwertung der Schulen im Land, aber selbstverständlich braucht es zukünftig auch selbige, um alle Schulen auf einen technischen und optische einwandfreien Standard zu heben. Dazu gehören auch CO₂-Warner, moderne Technik oder eine entsprechende Klimatisierung, die auch im Sommer ein angenehmes Klima ermöglicht. Wir werben für eine Kommunalfinanzierung, die es den kommunalen Schulträgern ermöglicht, ihre Schulgebäude in einen guten Zustand zu bringen. Gleiches gilt auch für die Freien und Kirchlichen Schulträger.

5. Schulsystem

1. Durchlässigkeit des Schulsystems von Sachsen-Anhalt.

In den letzten Jahren wurden die Lehrpläne überarbeitet. Zusammen mit den Stundenstreichungen an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen haben sich die Anforderungen an Lernende im Vergleich der Lehrpläne erheblich auseinander bewegt. Hierdurch ist es Lernenden mit einer ursprünglichen Sekundarschullaufbahn

kaum noch möglich in die gymnasiale Schullaufbahn zu wechseln. Das System ist somit effektiv undurchlässiger geworden.

Fragen:

Welche notwendigen Maßnahmen werden Sie unternehmen, um die Durchlässigkeit des Schulsystems aus Richtung Sekundarschullaufbahn in Richtung Abitur zu verbessern?

Werden Sie an der Niveauabsenkung in den Lehrplänen der Sekundar- und Gemeinschaftsschulen festhalten? Wie werden Sie mit den 15 %-tigen Stundenreduzierungen an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen umgehen?

Antwort:

Es darf weder vom Geldbeutel oder dem Willen der Eltern oder nur auf den Beschluss eines Lehrers ankommen, auf welche Schulform Kinder wechseln können und dürfen. Grundlegend müssen natürlich das Engagement und die Leistung der Schüler an sich sein. Das System muss durchlässig sein, so dass auch spät berufene Schüler problemlos einen anderen Schulabschluss wählen können und nicht stur auf einem vorgegebenen Weg festgesetzt werden. Ebenso wenig darf es keine weitere Niveauabsenkung oder Stundenreduzierung geben.

Weiterführend möchten wir Sie noch auf den aktuellen Antrag der FDP Bundestagsfraktion hinweisen: „Antrag zu Umfassende Teilhabe und Inklusion für Deutschland“: <https://www.fdpbt.de/initiative/antrag-umfassende-teilhabe-und-inklusion-fuer-deutschland>

Bankverbindung:

FDP Halle

Saalesparkasse

IBAN DE02 8005 3762 0380 3006 30

BIC NOLADE21HAL

